

Arbeitskammer kämpft weiter für die Rechte von Paketfahrern

AMAZON AK-Beratungsstelle informiert an Aktionstag in Völklingen

Viele Paketfahrer sprechen noch nicht gut Deutsch. Zudem sind sie auf ihren Job in erheblichem Maße angewiesen, während ihnen gleichzeitig grundsätzliche Informationen zum Arbeitsrecht fehlen. Dieses Zusammenspiel macht die Beschäftigten der Branche häufig zu Opfern von Ausbeutung. Bei einem Aktionstag vor den Toren von Amazon in Völklingen verteilten AK-Beraterinnen und -Berater Flyer in vielen Sprachen, um die Fahrer über ihre Rechte aufzuklären.

Von Silvia Buss

Noch immer liegt bei den Arbeitsbedingungen für Paketfahrer vieles im Argen, gerade an Schnäppchentagen sind sie am Limit. Am bundesweiten Aktionstag zum Black Friday von verdi und dem Beratungsnetzwerk Faire Mobilität, Faire Integration standen daher auch Berater und Beraterinnen der Arbeitskammer vor den Werkstoren von Amazon in Völklingen. Gemeinsam mit den Gewerkschaftern verteilten sie Infoflyer in vielen Sprachen, um die Paketfahrer, von denen viele noch nicht gut Deutsch können, über ihre Rechte zu informieren.

„Es geht darum, Grundinformationen über das Arbeitsrecht

weiterzugeben und darum, den Leuten unsere Forderungen näherzubringen“, beschreibt Egbert Ulrich, Leiter der Beratungsstelle für Wanderarbeit und mobile Beschäftigte bei der Arbeitskammer, das Anliegen. „Vor allem muss das Subunternehmertum in dieser Branche, so wie in der Fleischindustrie gesehen, verboten werden. Das würde die Verhältnisse sofort verbessern“, sagt Ulrich über die Hauptforderung. Zum anderen kämpfe man dafür, dass sich die Auslieferungsfahrer nicht mehr die Gesundheit durch das Tra-

„Das ist in einer Tagesschicht nicht zu schaffen“

gen viel zu schwerer Pakete ruinieren: Alle Pakete, die mehr als 20 Kilo wiegen, sollten deshalb verpflichtend gekennzeichnet sein, von zwei Paketzustellern getragen werden müssen.

Nicht nur das Gewicht, auch die Menge der Pakete, die die Fahrer am Tag ausliefern müssen, ist ein Problem. Er habe 260 Pakete und Päckchen, sagt einer der Fahrer durch die heruntergelassene Scheibe. Das sei in einer Tagesschicht von acht Stunden, für die er bezahlt würde, unmöglich zu schaffen, erklärt Ulrich. Wenn man Pech habe, brauche man schon für 200 Pakete zehn

oder gar zwölf Stunden. Und wer mit nicht-zugestellten Päckchen abends zurückkehre, erhalte am folgenden Tag einen „Strafbezirk“. Das könne zum Beispiel eine Anfahrt von Völklingen bis Frankenthal sein, die nicht bezahlt wird. Rein rechnerisch blieben Fahrer oft unter dem Mindestlohn, auch wenn Amazon sage, sie zahlten 13 Euro. Noch ein Problem: Sowohl die Subunternehmer als auch Amazon zögen den Fahrern bei einem Kratzer oder eine Delle am Auto pauschal 750 Euro vom Nettolohn ab. Man habe etliche Fälle dokumentiert, sagt Ulrich. Rechtlich sei das nicht zulässig, eine Strafe riskiere das Unternehmen für die Einhaltung des Lohnes nicht. Erst wenn die betroffenen Fahrer drohten, gerichtlich dagegen vorzugehen, erhielten sie sofort ihr Geld zurück – damit verbunden aber auch die Kündigung. Aber die wollten viele natürlich nicht riskieren.

„Der Job als Paketfahrer ist mit relativ geringen Sprachkenntnissen, einem Führerschein und einem Handy sehr gut zu bewältigen, deshalb sind sehr viele Geflüchtete in diesem Bereich tätig“, sagt Ulrich. Für sie sei er oft die einzige Möglichkeit, Geld zu verdienen, das wiederum Voraussetzung für einen Aufenthaltstitel ist. In den AK-Beratungsstellen für Wanderarbeit und Faire Integration können sich die Paketfahrer auch in den Sprachen Rumänisch, Bulgarisch, Ungarisch, Russisch, Serbokroatisch und Arabisch beraten lassen. „Wenn die Leute bei uns herausgehen, wissen sie, welche Ansprüche sie haben und sie wissen auch, wie sie Ansprüche umsetzen müssen“, sagt Egbert Ulrich. Einige der Probleme wie die Entkoppelung des Aufenthaltsstatus von der Erwerbsarbeit und das Verbot von Subunternehmertum, müssten jedoch auf politischer Ebene gelöst werden. Auch dafür setzt sich die Arbeitskammer ein.

Berater der Arbeitskammer verteilen Flugzettel, mit denen Paketfahrer über ihre Rechte aufgeklärt werden.



Foto: Pasquale D'Angiolillo